

Kapitel 5

Geld ohne Schuld

Schritte zu einer neuen Finanzverfassung

Die Krise unseres Wirtschafts- und Finanzsystems

Was 2008 als Finanzkrise begonnen hatte, ist längst zu einer Krise geworden, die den Kern des Gemeinwesens und der politischen Souveränität berührt. Die staatliche Refinanzierung der geplatzten Blasen des Investmentbankings ist heute weitgehend abgeschlossen: die Bankbilanzen sind wieder „in Ordnung“ und aktuell sitzen die Banken auf einem gigantischen Liquiditätsüberschuss (rund 600 Mrd. €, nach FAZ vom 31.01.2013). Das Gegenteil gilt für die staatlichen Haushalte: In weiten Teilen Europas sind sie zerrüttet und aus einer Krise des Finanzsystems ist eine Finanzierungskrise der öffentlichen Hand geworden. Dies verschärft die Geiselhaft der Staaten gegenüber einem Finanzsystem, das dem vermeintlichen „Souverän“ die Bestandsbedingungen diktiert und seine eigenen Kriterien zur Richtschnur allen Handelns macht. Die Bedrohung staatlicher Handlungsfähigkeit durch die mangelnde Kapitaldienstfähigkeit gegenüber privaten Gläubigern ist eine groteske Verkehrung der Verhältnisse: Nicht länger schafft und regiert der Staat das Geld, sondern das Geld schafft und regiert den Staat.

Bezogen auf das Finanzsystem führt diese Geld- und Renditesteuern zu systematischen Rückkopplungen: Ein System, das mit Geld „arbeitet“, um mehr Geld zu „erwirtschaften“ ist *selbstbezüglich*. Es tendiert zur Resonanzkatastrophe, die wir aus dem Konzertsaal kennen, wenn das Mikrofon den verstärkten Ton wieder verstärkt und wir plötzlich nur noch ein schrilles Pfeifen vernehmen. Dabei erzielt es seine Geldvolumina aus Beträgen, die für tatsächlich geleistete Arbeit nicht ausbezahlt werden. So vertieft es zugleich die soziale Spaltung: Es macht groteske Reichtümer bei den Finanzakteuren privat verfügbar, indem es der realen Wirtschaft die Mittel entzieht, die auskömmliche Einkommen und sozialen Ausgleich ermöglichen. Das Finanzsystem wird dadurch zu dem Teilsystem unserer heutigen Wirtschaft, in dem der *Konflikt zwischen Marktinteressen und Gemeinwohl-interessen* am schärfsten und sichtbarsten zu Tage tritt.

Geld und Schuldgeldschöpfung

Geld ist heute längst viel mehr als nur Wertmaßstab und Tauschmittel. Die Funktion als Wertaufbewahrungsmittel ist zumindest fraglich geworden. Stattdessen tritt Geld – in Form hoher Summen an Vermögen und Kapital – heute weltweit als Herrschaftsinstrument zu Tage, das vor allem die Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldern abbildet. Wann immer „Anleihen“, „Verbriefungen“ oder „Giralgelder“ heute geschaffen werden, geht es im Kern um die Verpflichtung des Schuldners, für den neuen geschaffenen Geldwert zu arbeiten oder einen sonstigen akzeptierten Gegenwert für ihn beizuschaffen. In dieser, auf

kommende Arbeit oder kommenden Vermögenstransfer gerichteten Beziehung finden noch die exotischsten Geldtitel und Papiere der modernen „Finanzindustrie“ ihre reale „Deckung“.

Kaufkräftige Geldtitel - sogenannte „Giral-„ oder „Buchgelder“ – entstehen heute durch die Verbuchung einer Schuld. Aus welchem Geldtitel und aus welcher Zahl auf einem Konto kann ich eine Forderung gegenüber einem Anderen oder einen Anspruch auf den Besitz eines Anderen ableiten? Und umgekehrt: welche (roten) Zahlen verpflichten mich zu welchen Unterwerfungen unter den Willen eines Anderen oder zur Aufgabe und Überschreibung meines Besitzes?

Unser heutiges Geld- und Wirtschaftssystem ist darauf ausgelegt, solche Schuldverhältnisse – und das heißt auch: solche Macht- und Ohnmachts-, Herrschafts- und Unterwerfungsverhältnisse zu „produzieren“. Das In-die-Welt-Setzen von schuldkreierenden Zahlen, die *als Geld angesehen werden* und im heutigen System auch so funktionieren, ist ein **kardinales**-Mittel der Finanzakteure, die Macht- und Ohnmachtsverhältnisse, die An- und Enteignungen, die mit den Geldtiteln verbunden sind, im eigenen Interesse voran zu treiben und global zu verschärfen.

Geldzirkulation und Kredit

Jeder kennt die einfache Regel, dass niemand mehr ausgeben kann, als er eingenommen hat. Es sei denn, er beansprucht einen Kredit!

Stellen wir uns nun vor, die Wirtschaft bestünde nur aus Unternehmen – also den Anbietern von Produkten und Dienstleistungen – und Haushalten, also den Abnehmern und Konsumenten dieser Güter. Jetzt ist noch klar: Was die Unternehmen insgesamt an die Haushalte an Löhnen und Gehältern zahlen, müssen sie von diesen auch wieder an Umsätzen erlösen. Und umgekehrt gilt: Nur was die Haushalte insgesamt an Löhnen und Gehältern einnehmen, können sie für Produkte und Dienstleistungen auch wieder ausgeben. Hier existiert also ein notwendiges Gleichgewicht.

Betrachten wir nun den Fall, dass aus dem Kreislauf von Löhnen und Umsätzen Gelder abfließen. Dies tritt dann ein, wenn Kapitaldienst erbracht wird, also Zinsen und Tilgungen gezahlt werden, oder wenn Renditen ausgeschüttet werden, also z.B. Dividenden auf Gewinne. Sobald diese Summen der Verfügung der Haushalte, die bei den Unternehmen einkaufen, entzogen sind, fehlen sie im Kreislauf. Die Unternehmen müssten nun entweder mehr Umsatzerlöse einnehmen oder weniger Löhne und Gehälter auszahlen. In beiden Fällen wäre das Gleichgewicht der Geldzirkulation aber nicht mehr gegeben und die Haushalte müsste mehr ausgeben, als sie zuvor eingenommen haben. Der Abfluss muss also durch zusätzliche Summen kompensiert werden, wenn das System stabil bleiben soll und nicht z.B. Umsatzeinbrüche folgen sollen.

Woher kommen nun die zusätzlichen Summen, aus denen abfließender Kapitaldienst und abfließende Renditen wieder zugeführt werden? Sie kommen aus dem Wiederauffüllen des sozusagen leckgeschlagenen Kreislaufes – nämlich mit Kredit. Ohne den permanenten Zufluss frischen Geldes – und das heißt heute: neuer Kredite - wäre das Zirkulationssystem unserer heutigen Wirtschaft nur über sehr wenige Zyklen überlebensfähig. Die

Verschuldung ist also eine Folge der ganz normalen Geldzirkulation in unserer heutigen Wirtschaft, die ein permanentes Ungleichgewicht von Ausgaben und Einnahmen schafft, das durch Kredit ausgeglichen werden muss. Dabei steigen Schulden und Vermögen spiegelbildlich.

Der Prozess der Entstehung und Bereitstellung des Kapitals ist für einen grundlegender wirtschaftlichen Umbau der heute vielleicht entscheidende. Investitionsmittel entstehen heute vor allem dadurch, dass ein Unternehmensgewinn aus dem Kreislauf von Produktion und Konsumption heraus genommen wird und auf besondere Konten und „Anlage-Depots“ fließt. Diese stehen dann für Investitionen bereit, die wiederum zu einem Gewinn führen sollen. So „akkumuliert“ das Kapital, was nichts anderes bedeutet, als dass es in jeder Runde mehr wird. Kapital entsteht dabei als (privates) Vermögen, dem eine spiegelbildliche und zumeist auch öffentliche (!) Verschuldung gegenüber steht, denn auch Lohnersatzleistungen oder Sozialleistungen, die Lohnlücken ausgleichen, sind Teil des „Nachfüllens auf Kredit“, wenn sich der Staat hierfür verschulden muss.

Finanzierung mit öffentlichem Kapital

Unser heutiges System der Entstehung von Investitionskapital hat aus der Sicht öffentlicher Interessen zwei ganz konkrete Nachteile: Es monopolisiert das Eigentumsrecht an neu entstehenden Finanzierungsmitteln in privater Hand und es erzeugt zugleich Schulden beim Gemeinwesen. Diese Nachteile können vermieden werden, wenn privates Investitionskapital Schritt für Schritt durch *öffentliches Kapital* ersetzt wird.

Dieses Kapital wird öffentlich *geschöpft* – also nicht dem Leistungskreis entzogen und neu kreditiert, sondern von der Zentralbank als im Auftrag des Souveräns geschöpftes Geld in den Wirtschaftskreislauf eingebracht. Heutige „Schuldgeldschöpfung“ wird also durch **„souveräne Geldschöpfung“** abgelöst. Wie kommt dieses öffentliche statt private Kapital nun in den Wirtschaftskreislauf? Wie wird es bereitgestellt und verteilt (Allokation). Und wie wird sichergestellt, dass es wirtschaftlich sinnvoll verwendet wird, dass die Unternehmen also tatsächlich produktiv damit arbeiten und für die Volkswirtschaft etwas leisten?

Auch öffentliches Kapital muss wirtschaftlichen Leistungskriterien unterstellt werden, wenn es mit privatem Kapital erfolgreich konkurrieren, ja dieses in der Perspektive ersetzen soll. Diese Kriterien sind in den Unternehmensbilanzen als klare, wertschöpfungsbezogene Rechnungseinheiten auszuweisen und beziehen in Form der Nachhaltigkeitsbilanz auch die sozialen und ökologischen Kosten ein (vgl. Kap.6). In der Summe der nachhaltigen Bilanzzahlen aller Unternehmen kann so auch volkswirtschaftlich beurteilt werden, ob die öffentliche Investitionspolitik erfolgreich ist oder nicht, also weitergeführt werden kann oder umgestellt werden muss.

Wenn es um Fragen der Geldschöpfung und der Finanzierung geht, fehlt es heute an eigenständigen öffentlichen Institutionen. Der Ansatz, das gesamte Geldwesen als „Monetative“, als vierte geldgebende Gewalt anzusehen und in das System der Gewaltenteilung einzubinden, geht in diese Richtung. Über die bisherige Rolle der Zentralbank als „Hüterin der Währung“ hinaus ist hier ein neues Teilsystem zu schaffen, das

die öffentlichen Interessen an der Geldversorgung wahrt und auf nationalen, regionalen und lokalen Ebenen zur Geltung bringt.

Die Rolle der Banken

Die Banken, ob privat, genossenschaftlich oder direkt in öffentlicher Hand, sind im Rahmen eines reformierten Finanzsystems Mittler und Treuhänder des souverän geschöpften und öffentlich bereitgestellten Kapitals. Da sie ein öffentliches Gut verwalten, stehen Ihnen hieraus keine Kapitalrenditen bzw. Zinsen zu, sondern nur Gebühren für ihre Dienstleistungen, also die Prüfung der zu finanzierenden Projekte und der Bonität der Antragsteller sowie die Verwaltung und Besicherung der Finanzierungskonten.

Wie im Modell der „Monetative“ sind die Kreditkonten keine „eigenen“ Konten der Bank, sondern nur Unterkonten der Geldkonten, die die Zentralbank führt. Als „Treuhänder“ erwerben sie weder direkt noch mittelbar Eigentum am verwalteten Gut. Dadurch entfällt die bisherige Rolle der Banken als „Motor“ der Aneignung fremder Leistungen.

Auch für die Banken soll es Leistungsanreize geben. Entsprechend werden die Vergütungen nach dem Erfolg der finanzierten Projekte gestaffelt und haftet die Bank für gescheiterte Projekte mit, insbesondere wenn das Scheitern das Maß der Untreue erreicht.

Wenn aus wirtschaftspolitischen Gründen Zinsen erhoben werden, stehen die Zinserträge ausschließlich der öffentlichen Hand zu, die das zu verzinsende verzinste Kapital geschaffen hat. Allerdings werden die Zinsen Jahr für Jahr um den Zinseszins reduziert, um die ewige und exponentielle Zinseszinsspirale zu durchbrechen. Rechnerisch bedeutet dies übrigens, dass jeder Zins mit der Höhe des ursprünglichen Kreditbetrages ausläuft!

Die Banken werden insgesamt auf ihre Gemeinwohlfunktion zurückgeführt. Sie sind nicht länger eigenständige Akteure, die eine Machtposition gegenüber dem Gemeinwesen aufbauen können und von denen das Gemeinwesen abhängig wird. Stattdessen werden sie Diener einer öffentlichen Sache, die in der Entwicklung nachhaltig wirtschaftender Unternehmen ihren Ausdruck findet.

2.4 Neue Finanzierungsformen

Wo öffentliches statt privates Kapital eingesetzt wird, werden neue Formen der Finanzierung möglich. So muss auf öffentliches Kapital kein Zins erhoben werden und kann die Tilgung zeitweilig oder dauerhaft ausgesetzt werden, wenn eine nachhaltige und wertschöpfende Verwendung von Finanzierungsmitteln gegeben ist.

In dem Maße, wie die öffentliche Hand auf die Tilgung, also die Rückführung des Kredits verzichtet, können die öffentlichen Finanzierungsmittel zu einer neuen Form des Kapitals werden: zu neutralem Kapital, d.h. einem Kapital, das zum Unternehmen gehört und keiner anderen Rechtsperson - weder einer öffentlichen noch einer privaten - mehr

zugeordnet wird. Ein Unternehmen, das vollständig mit „neutralem Kapital“ finanziert ist, gehört niemandem und damit „sich selbst“.

Öffentliches Kapital ist im Rahmen des hier umrissenen Transformationspfades prädestiniert, zu neutralem Kapital zu werden, das keinen Zins und keine Kapitalrendite beansprucht – und sogar auf den Anspruch der Tilgung verzichtet!

Doch kann dies leistungsgerecht und volkswirtschaftlich produktiv sein? Hierfür entscheidend sind die Kriterien, nach denen Tilgungen ausgesetzt und Kapitalanteile neutralisiert werden und die Tatsache, dass dies nicht auf einen Schlag geschieht, sondern über einen langen Zeitraum, in dem sozusagen eine Bewährung des Finanzmitteleinsatzes stattfinden muss. Dieser Zeitraum wird in der Regel dem entsprechen, was schon nach heutiger Bilanztechnik dem Abschreibungszeitraum einer Investition entspricht. Doch „abgeschrieben“, d.h. Jahr für Jahr um einen berechenbaren Anteil reduziert, werden jetzt auch die Schulden, statt nur der Wert des Investitionsgutes!

Was rechtfertigt diesen Forderungsverzicht der öffentlichen Hand? Auch heute steckt die öffentliche Hand Jahr für Jahr zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge in die Finanzierung der Wirtschaft, ohne dass sie dieses Geld je von den Empfängern zurück erhalten kann. Sie tut das in der Aussicht, dass hierdurch Arbeitsplätze geschaffen werden und aus dem entsprechenden Einkommen Steuereinnahmen und Beiträge an die Sozialkassen fließen, so dass die Ausgaben des Staates durch die Staatsquote am Einkommen wieder ausgeglichen werden.

Genau dieses Prinzip kann nun auch für die Bereitstellung und Neutralisierung von öffentlichem Kapital gelten: Wo aus der Investition dauerhaft Einkommen realisiert werden, amortisiert sie sich aus Sicht der öffentlichen Hand. Das ist im Prinzip wie heute, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass in dem Maße, wie neues Geld geschöpft und breit gestellt werden kann, eine vorherige Schuld ausgebucht und sozusagen „abgeschrieben“ wird. Die Geldmenge steigt dabei mit der Summe aller Einkommen, ohne dass aber zugleich die Summe der Verbindlichkeiten zunimmt. Die notorische Schere zwischen Vermögen und Schulden ist dann nicht länger Begleiterscheinung eines „ganz normalen Funktionierens“ der Wirtschaft. Stattdessen kann „Geld ohne Schuld“ in den Wirtschaftskreislauf gelangen und wird öffentliche Gestaltbarkeit im konstruktiven Sinne statt primär als Reparaturleistung möglich.